

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884

20.12.1884 (No. 301)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 20. Dezember.

№ 301.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingeschlossen, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einkaufsgebühren: die gespaltenen Zeitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

Amflicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter'm 14. d. Mts. gnädigst geruht, dem Oberförster Anton Klehe in Stockach die erledigte Bezirksforsterei Bonndorf zu übertragen.

Laut Allerhöchster Kabinetts-Ordres vom 11. d. M. ist Folgendes bestimmt worden:

5. Badisches Infanterie-Regiment Nr. 113:
Baron v. Luchaire, Unteroffizier, zum Portepesführer befördert.

4. Westfälisches Infanterie-Regiment Nr. 17:
Franzius, Unteroffizier, zum Portepesführer befördert.
Ellerhorst, Secondelieutenant, unter Verleihung des Charakters als Premierlieutenant, der Abschied mit der gesetzlichen Pension nebst Aussicht auf Anstellung im Civildienst und der Erlaubniß zum Tragen der Armeuniform mit den für Verabschiedete vorgeschriebenen Abzeichen bewilligt.

4. Badisches Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112:
Rayle und Krüger, Unteroffiziere, zu Portepesführern befördert.

1. Bataillon (Bruchsal) 3. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 111:
v. Voigts-König, Oberlieutenant z. D. und Bezirkskommandeur, der Charakter als Oberst verliehen.

2. Bataillon (Karlsruhe) 3. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 111:
Fehr. von und zu Bodman, Rießer, Secondelieutenant der Reserve des 5. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 113, zu Premierlieutenant, —
Brombacher, Vicefeldwebel, zum Secondelieutenant der Reserve des 5. Bad. Infanterie-Regiments Nr. 113, —
Fehr. v. Babo, Schmidt, Vicefeldwebel, zu Secondelieutenant der Reserve des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, — befördert.

1. Bataillon (Freiburg) 5. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 113:
Demuth I., Mähe, Sonntag, Secondelieutenant von der Landwehr-Infanterie, zu Premierlieutenant, —
Nichter, Vicefeldwebel, zum Secondelieutenant der Reserve des Schlesischen Füsilier-Regiments Nr. 38, —
Uhe, Vicewachtmeister, zum Secondelieutenant der Reserve des Brandenburgischen Husaren-Regiments (Zieten'sche Husaren) Nr. 3, — befördert.

2. Bataillon (Lörrach) 5. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 113:
Groschupp, Premierlieutenant von der Landwehr-Infanterie, zum Hauptmann befördert.

Flath, Premierlieutenant von der Landwehr-Infanterie, der Abschied bewilligt.

2. Bataillon (Stockach) 6. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 114:
Rostkötten, Schwarz, Secondelieutenant von der Landwehr-Infanterie, zu Premierlieutenant befördert.

Ernst, Secondelieutenant von der Landwehr-Infanterie, der Abschied bewilligt.

Badisches Train-Bataillon Nr. 14:
Detring, Premierlieutenant, in das Garde-Train-Bataillon versetzt.

Reinhardt, Secondelieutenant, zum Premierlieutenant befördert.

Nicht-Amflicher Theil.

Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 19. Dezember.

Der deutsche Reichstag ist in die Ferien gegangen und wird am 8. Januar seine Arbeiten wieder aufnehmen. Auch nach dem Wiederbeginn der Sitzungen wird die Thätigkeit des Reichstags vornehmlich auf den Etat gerichtet sein. Voraussichtlich dürfte die Fertigstellung desselben noch vor Mitte Februar des kommenden Jahres zu ermöglichen sein.

Wie wir aus den uns vorliegenden nationalliberalen und konservativen badischen Zeitungen ersehen, hat der bekannte Beschluß der Reichstags-Mehrheit, welcher der Reichsregierung die Mittel zur Anstellung eines weiteren Direktors im Auswärtigen Amte verweigert, wie in andern deutschen Ländern so auch in Baden in den weitesten Kreisen die entschiedenste Mißbilligung gefunden und es sind öffentliche Kundgebungen, welche dieser Gesinnung Ausdruck geben, bereits erfolgt oder in Aussicht genommen. Auch die demokratische Presse hat sich über die so viel besprochene Abstimmung nur mit einiger Zurückhaltung ge-

äußert und sich bemüht, dieselbe auf budgetmäßige Erwägungen zurückzuführen und eine prinzipielle Opposition ihrer Gesinnungsgenossen im Reichstag in Abrede zu stellen. Dem leitenden Organ der badischen Centrumpartei, dem „Badischen Beobachter“, war es vorbehalten, in einem Artikel „Vom Rheine, 16. Dezember“ (Nr. 290, Freitag 19. Dezember) zu behaupten, die Bewilligung der von der Regierung angeforderten Mittel sei wesentlich im Hinblick auf „die Gefahr eines erblichen Kanzlerthums im Hause Bismarck“ verweigert worden. Gleichzeitig wird in diesem in dem gehässigten Tone geschriebenen Artikel die Opposition des Centrums über den konkreten Fall hinaus zu einer generellen und prinzipiellen gestempelt. Das Centrum, heißt es, habe durchaus keinen Anlaß, ja es sei ihm geradezu unmöglich, der ganzen auswärtigen Politik des Herrn Reichskanzlers ein Vertrauensvotum zu spenden. Im Gegentheil. „Soweit wir die Stimmung des katholischen Volkes kennen“ — heißt es zum Schluß — „ist seine Parole: Dießem Ministerium nur das Aller-nothwendigste, darüber hinaus aber keinen Pfennig.“ Soweit wir die Stimmung des katholischen Volkes in Baden kennen, ist diese Behauptung durchaus falsch. Um so mehr scheint es geboten, gegen einen derartigen gehässigen Artikel und gegen die verdächtigen Angriffe, welche derselbe wider den ersten Beamten des Reiches richtet, die entschiedenste Einsprache zu erheben.

Der Aufstand auf der Halbinsel Korea wird auch in französischen Blättern auf einen Kampf des Einflusses Chinas mit demjenigen Japans zurückgeführt. Das Königreich Korea sei ein Vasallenstaat Chinas, in welchem aber die Japaner seit 1876 Zutritt haben und großen Einfluß ausüben. Die Aufständischen scheinen auf den Suzerän, den Kaiser von China, zu rechnen, während der König Japan zu Hilfe ruft. Sowohl China wie Japan haben Truppen im Lande, um ihre Angehörigen im Falle eines Aufstandes zu schützen. Als nämlich im Jahre 1882 die Japaner während einer Insurrektion bedeutenden Schaden erlitten, wurde Japan neben einer in fünf Jahren zahlbaren Entschädigung von 500,000 Dollars das Recht zugesprochen, zum Schutze seiner Gesandtschaft nach Seoul eine Garnison zu legen. Seit dieser Zeit hat auch China eine Besatzung in Korea, und diese beiden Truppenteile waren es, welche am 7. d. in Kampf geriethen. Man ist sehr gespannt darauf, was nun die beiden asiatischen Mächte thun werden.

Ueber die Spaltung, die sich im Lager der belgischen Liberalen vollzogen hat, schreibt man der „Nat.-Sta.“ aus Brüssel: „Im ganzen Lande spricht man natürlich nur von dem plötzlichen Bruche, der zwischen den gemäßigten und fortschrittlichen Liberalen einerseits sowie den Radikalen andererseits stattgefunden hat. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß die Radikalen sich über dieses Ereigniß freuen, und daß unter den Liberalen viele sind, welche es beklagen. Ich bin nicht der Ansicht der letzteren, schließe mich vielmehr der sehr großen Mehrzahl der Liberalen an, welche überzeugt sind, daß dieser Bruch zum Heile der liberalen Partei notwendig geworden ist.“

Belgien ist ein Land des linken Centrums. Wenn diese Partei-schattung, deren Führer Frère-Orban ist — derselbe war 25 Jahre hindurch Minister —, sich an der Regierung befindet, so ist das Land ruhig. Sobald es aber in Folge von Reibungen in der inneren Politik den Radikalen oder den Ultramontanen gelangt, ihre Politik dem Lande aufzubringen, geräth dasselbe in Unruhe und wird unzufrieden. Die Radikalen sind wenig zahlreich, man findet sie insbesondere in Brüssel. Sie bezeichnen sich als Liberale, lassen sich von diesen wählen, und sobald die Linke zur Regierung gelangt, betrachten sie als ihre Aufgabe, dieselbe zu stützen, und zwar mit noch größerem Eifer, als die Radikalen. Die Radikalen waren es denn auch belanlich, welche das Ministerium Frère-Orban zu Falle brachten. Durch ihre Exco-munikanen haben sie aber selbst die Wähler in Brüssel erschreckt, und um der Politik der Radikalen zu entgehen, werfen sie sich in die Arme der Radikalen.

Es wird stets so sein; Belgien ist nicht radikal und wird es wahrscheinlich niemals werden. Man hatte gehofft, daß nach der Wahlverlorenheit vom 10. Juni der Radikalismus vernünftiger werden und aus seinem Programme diejenigen „Reformen“ beseitigen würde, von denen das Land niemals etwas wissen wollte. Anstatt dessen hat er jedoch seine Forderungen nur noch schärfer betont und will die ganze Linke leiten, während er in der ehemaligen liberalen Kammer doch nur über ein halbes Duzend Stimmen verfügte. Einer derartigen Situation muß unter allen Umständen ein Ende bereitet werden, falls die Liberalen nicht für immer die Hoffnung aufgeben wollen, zu regieren. Die Radikalen sind im Grunde Republikaner, sogar Sozialisten; man kann also leicht begreifen, weshalb die Wähler sich zum Theil von den Liberalen zurückziehen, sobald die Radikalen neben diesen ihren Ideen zum Siege verhelfen wollen.

Die Spaltung, welche sich vollzogen hat, und die, wie man hoffen muß, eine dauernde bleibt, wird unzweifelhaft dazu dienen, den Liberalen eine große Anzahl Wähler, welche sie einbüßen hatten, wieder zurückzuführen. Die gemäßigten und fortschrittlichen Liberalen organisieren wahrscheinlich in Brüssel eine neue liberale Vereinigung. Finden dann Wahlen statt, so werden die beiden Vereinigungen, falls es für möglich erachtet wird, versuchen können, ein Einverständnis hinsichtlich der Kandidaten zu erzielen. Da es aber den Radikalen unmöglich ist, durch ihre eigene Kraft zu siegen, so werden sie wahrscheinlich verständlich genug sein, die Unterstützung der gemäßigten Elemente anzu-

streben. Durch die Spaltung wird man also möglicherweise zu dem Einvernehmen gelangen, welches, so lange die Union bestand, unmöglich war.“

Deutschland.

* Berlin, 18. Dez. Der Bundesrath ist heute noch nicht in Ferien gegangen, sondern wird morgen noch eine Plenarsitzung abhalten, um die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter zu beraten. Die definitive Genehmigung des Post-Spar-Kassen-Gesetzes ist in der heutigen Sitzung mit derselben Majorität wie in erster Lesung erfolgt, d. h. Sachsen, Mecklenburg-Strelitz, und Neuf. a. L. stimmten dagegen. In § 21 wurde noch die aus Versehen in erster Lesung weggebliebene Bestimmung angenommen, daß in Württemberg an Stelle der kaiserlichen Oberpostdirektionen die entsprechenden württembergischen Behörden zu treten haben. Das Gesetz betreffend den Beitrag des Reichs zum Zollanschluß Bremens und der Entwurf des internationalen Frachtrechts gingen an die Ausschüsse. Der Gesetzentwurf über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung auf das Transportgewerbe ist zur Vertheilung gelangt. Zu erwähnen ist, daß der Zeitpunkt, mit welchem das Gesetz in Kraft tritt, mit Zustimmung des Bundesrathes durch kaiserliche Verordnung bestimmt werden soll. — Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Haffelberg, ist schwer an einem typhösen Leiden erkrankt und muß das Bett hüten; an seiner Stelle hatte heute der Unterstaatssekretär Dr. Büch den Vorsitz in der Sitzung der westafrikanischen Konferenz geführt. — Dagegen hat das Befinden des lebensgefährlich an einer Lungenentzündung erkrankten Afrika-Forschers Hegel sich jetzt zum Besseren gewendet, die Kräfte ist im wesentlichen überstanden und die Aerzte hoffen auf Genesung. — Die kaiserlichen Gesandten in Madrid und im Haag, Graf Solms-Sonnenwalde und Graf Herbert Bismarck, sind hier eingetroffen.

— Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben: Ihre Durchlaucht die Fürstin Bismarck soll, wie gerüchtweise verlautet, zur Kräftigung ihrer schwankenden Gesundheit auf den dringenden Rath der Aerzte auf einige Zeit nach dem Süden gehen. Dem Herrn Reichskanzler war von seinem Arzte gerathen worden, die Fürstin zu begleiten und die Zeit ihres Aufenthalts im Auslande völlig seiner Gesundheit zu leben. In der Ueberzeugung, daß es im Interesse der Erhaltung seiner Kräfte geboten sei, diesem ärztlichen Rathe zu folgen, hatte der Reichskanzler sich entschlossen, mit der Fürstin nach dem Süden zu gehen. Er ist in seinem Entschlusse aber wieder wankend geworden, seit durch die Ablehnung der zweiten Direktorstelle im Auswärtigen Amte die erhoffte persönliche Erleichterung von Amtsgeschäften ihm versagt und die stetige persönliche Theilnahme selbst an den laufenden Geschäften des auswärtigen Dienstes ihm mehr denn je obliegt. Es wäre im Interesse Deutschlands lebhaft zu beklagen, wenn Fürst Bismarck durch die Beschlüsse des Reichstags sich abhalten ließe, für die für die Zukunft so überaus wichtige Kräftigung seiner Gesundheit das Erforderliche zu thun. Daß von dem gegenwärtigen Reichstage eine Förderung nationaler Ziele auch mittelst persönlicher Eintretens des Fürsten nicht zu erreichen ist, haben die letzten Tage zur Evidenz erwiesen. Das Facit der Arbeiten des Reichstages wird sehr wenig sich ändern, auch wenn der Fürst, wie er in seiner neulichen Rede andeutete, unter Anwendung des Stellvertretungsgesetzes auf einige Zeit auf die Theilnahme an den Verhandlungen verzichtet. Viel wichtiger, als daß er sich auf Kosten seiner Gesundheit den Geschäften des Reichsdienstes in dieser Weise widmet, ist es aber offenbar, daß er sich in die Lage versetzt, mit voller Kraft und guter Gesundheit die Leitung der Reichspolitik dann zu führen, wenn nach einigen Jahren das deutsche Volk eine Vertretung sich wählt, welche von einem kräftigen Nationalbewußtsein getragen wird.

— Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: Ein Verein von mehreren Deutschen in Paris hat dem Reichskanzler zur Kreirung einer zweiten Direktorstelle in dem Auswärtigen Amte die erforderliche Summe zunächst für ein Semester zur Verfügung gestellt. In den betreffenden Telegrammen sprechen die Geber den Wunsch aus, daß ein für Deutschland würdevolleres neues Abstimmungsresultat vor Anfang des zweiten Semesters, für welches der Geldbetrag schon bereit liegt, stattfinden möge.

— Die afrikanische Konferenz hat in ihrer heutigen 2 1/2 stündigen Sitzung die Schiffahrts-Akte betreffend den Congo und den Niger mit einigen wenigen redaktionellen Aenderungen angenommen. Ein Vorschlag Deutschlands, welcher in der Erklärung betrefft die Handelsfreiheit im Becken des Congo, seinen Mündungen und den angrenzenden Ländern einzuschalten ist, lautet: „Die am 1. Juni 1878 in Paris revidirte Konvention des West-Postvereins wird auf das vertragsmäßig festgestellte Becken des Congo ausgedehnt werden. Die Mächte, welche dajelbst Souveränitäts- oder Protektorsrechte üben oder üben werden, verpflichten sich, binnen kürzester Frist die

zur Ausführung vorgedachter Bestimmung nötigen Maßregeln zu treffen. Ein anderer Vorschlag will die Schlussbestimmung des ersten Deklarationsprojektes, betreffend die Handelsfreiheit im Becken des Congo, seinen Mündungen und angrenzenden Ländern durch die folgende Deklaration ersetzen: „In allen Theilen des durch gegenwärtige Deklaration in's Auge gefassten Gebietes, wo keine Macht Souveränitätsrechte üben sollte, wird die Kraft der in Berlin am . . . unterzeichneten Akte eingesezte Internationale Congo-Schiffahrts-Kommission beauftragt, die Anwendung der durch diese Deklaration verkündeten und festgelegten Grundsätze zu besorgen. Falls sich gegen die Anwendung der durch gegenwärtige Akte festgesetzten Prinzipien Schwierigkeiten erheben sollten, so können die interessirten Regierungen übereinkommen, sich an die guten Dienste der Internationalen Kommission zu wenden, indem sie ihr die Prüfung der Thatfachen übertragen, welche zu solchen Schwierigkeiten Anlaß geben würden.“

Dem Reichstag ging soeben eine Petition der Berliner Kaufmannschaft betreffend die Ablehnung des v. Wedell-Malchow'schen Börsensteuer-Entwurfs zu. Gleichzeitig ging von der Leipziger Handelskammer eine Petition ein, in welcher dieselbe bittet, zu der Kommissionsberatung des Börsensteuer-Entwurfs Sachverständige zuzuziehen.

Die Budgetkommission des Reichstags hat in ihrer gestrigen Abend Sitzung die an sie zurückgewiesenen Titel des Militäretats mit den dazu vom Abg. Richter gestellten Anträgen beraten; die letzteren wurden durchweg abgelehnt und die Titel unverändert bewilligt; die Anträge Richter forderten die Streichung von 10 Festungskommandanten-Stellen, die Verringerung der Zahl der in besonderen Dienststellungen befindlichen Offiziere, die Kürzung des Gehalts für einen Stabsoffizier beim sächsischen Ingenieurcorps, die Verwendung der Ersparnisse am Bekleidungsfonds, für Verbesserung der Vidualienverpflegung, den Wegfall einer Remonte-Ankaufskommission und die Feststellung der zu den verschiedenen Pensionsklassen einzustellenden Kadetten. Auch der Antrag Richter auf Herabsetzung der Pensionsraten für Offiziere wurde abgelehnt und anstatt dessen folgende vom Abg. v. Hilne vorgeschlagene Resolution angenommen: den Bundesrath zu ersuchen, derselbe wolle veranlassen, daß 1) eine Revision der Rationsbezüge im Sinne einer Verminderung derselben vorzunehmen; 2) in Erwägung ziehen, ob es nicht zweckmäßig erscheint, an Stelle des Bezuges von Rationen einen Ansat von Pferdehaltungs-Geldern, bezw. Fuhrkostenentschädigungen für Offiziere und Beamte treten zu lassen, mit der Maßgabe, daß für jede Stelle bestimmt wird, für wie viele Pferde des Empfängers von Pferde-maquements ein entsprechender Geldbetrag stattfindet; 3) dem Reichstage bis zur nächsten Session das Resultat der Erwägungen vorzulegen. Die nächste Sitzung der Budgetkommission ist auf den 9. Januar 1885 anberaumt.

Der Nationalliberale Verein in Berlin hielt gestern Abend im „Norddeutschen Hofe“ seine erste Versammlung unter dem Vorsitz des Abgeordneten v. Benda ab. Aus dem Berichte des Geschäftsführers, Konsul a. D. Weber, war zu entnehmen, daß der Verein gegen 400 Mitglieder zählt und täglich neue Zutritts-Erklärungen erfolgen. Im Januar soll eine öffentliche Versammlung stattfinden.

In der heutigen Stadtverordneten-Sitzung gelangte ein Schreiben des Stadtverordneten Ewald zur Vorlesung, worin derselbe wegen seiner am 13. Dezember auf Grund des Sozialistengesetzes erfolgten Ausweisung um Urlaub auf unbestimmte Zeit bittet. Am Schlusse der Sitzung wurde eine Anfrage Birchow's zur Kenntniß genommen, ob der Magistrat rechtlich der Ansicht sei, daß die Gültigkeit des Mandates Ewald's auch bei Jahre langer Dauer seiner Ausweisung, sowie daß die Fortdauer der ihm in der Versammlung angewiesenen Stellen durch die Ausweisung in irgend einer Weise zweifelhaft werde. Die Vertreter des Magistrats waren bei Verlesung der Anfrage nicht mehr anwesend. Ein Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Ergänzung der Geschäftsordnung hinsichtlich disziplinarischer Ahndung des Zuwiderhandelns gegen die Ordnung, insbesondere gegen Wahrung der Amtsverschwiegenheit, sowie wegen Feststellung der Gegenstände, welche in geheimer Sitzung zu verhandeln sind, wurde angenommen.

Hannover, 18. Dez. Morgen Abend wird eine große Volksversammlung im hiesigen Nationalliberalen Verein stattfinden wegen der im Reichstag erfolgten Ablehnung der Direktorstelle im Auswärtigen Amte. Es wird der Erlaß einer Adresse an den Fürsten Bismarck beantragt werden.

Leipzig, 18. Dez. In der Nachmittags-Sitzung des Anarchistenprozesses wurde die Beweisaufnahme beendet. Zeuge Fellbeder (Barmen) bemerkt, Kupsch arbeitete bei ihm längere Zeit gut. In der ersten Zeit habe er keinen Grund zur Unzufriedenheit gehabt, bis er sich mit den Sozialdemokraten eingelassen habe. Später entdeckte er, daß Kupsch ihn bestohlen. Auf Vorhalten sagte Kupsch, die Sozialdemokraten haben mich verführt. Zeuge Brintann (Barmen) erklärt, Kupsch habe ihm gesagt, es werde mit den Sozialdemokraten noch ein schlechtes Ende nehmen, es sei ihm aber gleich, ob so oder so. Zeuge Sommerstein deponirt, Reinsdorff arbeitete mit ihm in einer Druckerei; er habe einmal gesehen, wie Reinsdorff aus Paris einen Brief mit 100 oder 20 Francsbillets bekommen habe. Zeuge Böllhoff (Ebersfeld) erklärt, betreffs eines an seine Adresse gelangten Briefes mit 100 Mark aus New-York, er wisse nicht, wie er zu diesem Gelde gelange. Zeuge Schiebed (Ebersfeld) deponirt, daß ihm Reinsdorff gesagt, er werde große Thaten verüben und den Zürichern einen Streich spielen; ganz Deutschland werde an ihn denken. Reinsdorff habe stets einen schweren

Revolver bei sich getragen, auch eine Flasche Schwefelsäure besessen. Der Gerichtshof beschließt, die Zeugen Palm, West und Weber nicht zu beidigen, da sie der Theilnahme verdächtig seien. Nach Verlesen mehrerer Schriftstücke wird die Beweisaufnahme geschlossen. Freitag beginnen die Schlussvorträge. Die Verkündung des Urtheils wird am Montag erwartet.

Ebersfeld, 17. Dez. Nachstehender Aufruf ist, mit vielen Unterschriften versehen, eben hier bekannt gegeben worden.

Trotz der wiederholten dringenden Bitte des Reichstags hat der Reichstag am 15. Dezember die Forderung von 20,000 M. für die Stelle eines zweiten Direktors im Auswärtigen Amte abgelehnt. Dieses Votum hat in den Herzen aller patriotisch gesinnten Männer die tiefste Enttäuschung und Beschämung hervorgerufen. In demselben Augenblick, wo die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck vor den Augen der Abgesandten aller Kulturstaaten neue glänzende Triumphe feiert, verweigert die Majorität des Deutschen Reichstags ihm die Mittel, die der Kanzler selbst für notwendig erklärt hat, um diese Politik fortzuführen. Dieses Verhalten erscheint nicht nur als ein Akt kleinlicher Geizhalsigkeit gegen unseren großen Staatsmann, sondern auch als schändlicher Unbarmherzigkeit gegenüber der unermüdlichen Arbeit für das Wohl des Vaterlandes, in welcher er und seine Mitarbeiter Kraft und Gesundheit gespendet haben. Schon triumphirende Pariser Blätter über die „Niederlage“ des „Reichstags“. Soll das Ausland von uns sagen dürfen, daß wir die Politik des Fürsten Bismarck nicht mehr schätzen? Nein! Die große Mehrheit des deutschen Volkes weiß, daß es ihm mehr verdankt, als es je vergelten kann. Zeigen wir dem Fürsten Bismarck, daß wir für seine ausmächtige Politik noch 20,000 M. übrig haben! Was die Parteizerrissenheit des Reichstags verborben hat, vermögen wir nicht wieder gut zu machen, wohl aber können wir zeigen, daß wir keinen Theil haben an der Entscheidung, aus welcher jener Beschluß hervorgegangen ist. Wir fordern alle Patrioten ohne Parteiunterschied auf, beizustimmen zu einer Sammlung, welche zur Disposition des Auswärtigen Amtes gestellt werden soll. Beharrt dann die Reichstags-Mehrheit dabei, dem Kanzler eine Gleichzeitigkeit seiner Arbeitslast zu verweigern: wir wollen durch unsere Gabe den Beweis liefern, daß die Dankbarkeit des deutschen Volkes gegen den Bearbeiter seiner Ehre jederzeit auch zur That bereit ist. Auch die geringste Gabe ist willkommen; nicht auf der Höhe der Beiträge, sondern auf der Zahl der Geber beruht der Werth der Sammlung. Die Beiträge derselben sollen dem Fürsten Reichskanzler übergeben werden in dem vollen Vertrauen, daß er sie am besten im Sinne der Ober zu verwenden weiß.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Dez. „Pfeilpolitik“ nennt ein Wiener demokratisches Blatt die Taktik der Opposition im deutschen Reichstag gegenüber dem Reichskanzler und kennzeichnet sie mit diesen Worten sehr treffend. Diese Politik der Reichstags-Majorität erfährt eine niederschmetternde Verurtheilung in allen großen Blättern Wiens, gleichviel welcher Parteirichtung sie angehören. Nicht ein einziges Blatt erhebt seine Stimme für den Beschluß der kirchlich-demokratischen Majorität vom 15. Dezember, wohl aber halten sie insgesammt der Opposition einen Spiegel vor, der ihr Bild in seiner ganzen Häßlichkeit zeigt. Das „N. Wiener Tagblatt“, das auf rein demokratisch-manchesterlichem Standpunkt steht, bringt einen Artikel, welcher der Verdienste der deutsch-freisinnigen Partei gedenkt, aber trotzdem zu dem Resultate kommt, „daß es eine Schande und ein Spott ist, wenn man einem Staatsmanne von der Größe und den Verdiensten Bismarck's 20,000 M. verweigert, die er für sein Amt beansprucht. . . . Man sollte sich doch innerhalb der Partei der Freisinnigen endlich fragen, welche Sache man mit einer solchen Opposition fördert und welcher Sache man damit Vorhieb leistet. Vortheil davon hat nicht die deutsche Nation, hat nicht die Sache der Freiheit, sondern nur die Partei des Centrums, nur die Partei der Ultramontanen; Vortheil davon haben nur die Gegner aller wahrhaft deutschen Interessen.“ — Auch die „N. Fr. Pr.“, die Vertreterin der Linken in Oesterreich und gewiß kein Blatt, dem man Vorliebe für die innere Politik des deutschen Kanzlers vorwerfen kann, schreibt: „Man verweigert einem Staatsmanne von den Erfolgen und Verdiensten Bismarck's nicht eine Bagatelle von 20,000 M., wenn er versichert, daß er derselben zu seiner eigenen und zur Entlastung seiner Mitarbeiter bedürfe, ohne sich der Gefahr auszusetzen, daß man mit den Empfindungen und Stimmungen des Landes in Widerspruch gerathe. Die Berufung auf das Defizit und auf die mißliche Finanzlage hat in einem solchen Falle keinen Sinn, denn der Betrag, um den es sich handelt, ist zu gering, als daß eine derartige Begründung ernst genommen werden könnte; der Eindruck aber, den im In- und Auslande die Ablehnung machen muß, ist ein solcher, daß man glauben könnte, die Opposition wolle den Fürsten Bismarck „aushungern“, ohne Rücksicht darauf, ob die Forderung, die er erhebt, berechtigt sei oder nicht.“ — Schärfer spricht sich die alte Wiener „Presse“ aus, welche schreibt: „Die Herren Richter-Windthorst und Kompagnie arbeiten für das Gaudium der Feinde Deutschlands und thun bewußt das Ihre, um sowohl den Parlamentarismus wie den deutschen Reichsgedanken zu gefährden. Gefährdung und Schimpf gegen den Staat ist es aber, wenn dienstliche Forderungen, deren Beurtheilung nur eine diskretionäre sein kann, deren Höhe unerheblich ist, im Troge gegen die verantwortliche Regierung verweigert werden von Leuten, an deren Spitze kein Mann steht, welcher den Muth und die Eignung hätte, den insultirten Minister abzulösen.“ — Das „Wiener Fremdenblatt“ beginnt seinen Leiter mit den Worten: „Die bunte Mehrheit des deutschen Reichstags ist außerordentlich konsequent in dem unbewußten Streben, den Parlamentarismus ad absurdum zu führen. Die neueste Leistung auf diesem Gebiete ist so ungeheuerlich, daß man außerhalb des Berliner Parlamentshauses in der Leipziger Straße absolut kein Verständnis für die hohe politische Weisheit hat, deren Produkt sie ist. In der That, wenn man die jüngsten Leistungen des deutschen Reichstages betrachtet, wenn man die Tendenzen der gegenwärtigen Majorität verfolgt, so fühlt man

sich zurückversetzt in jene unheilvolle Zeit der deutschen Zerrissenheit, des deutschen Jammers, da der Deutsche selbst im nimmer rastendem Hader, im kleinlichen und egoistischen politischen Getriebe die große Vaterlands- und Volksidee auf dem Auge verloren hatte und sehenden Auges der Entnationalisirung, der Ohnmacht entgegensteuerte. Das starke und stolze Wort des Kanzlers, das er vor kurzer Zeit derselben Reichstags-Mehrheit entgegengeschleudert, ihm habe Europa nicht imponirt, umsoweniger werde er sich von dieser Majorität imponiren lassen, erhält nun seine gute Bedeutung. Ein Parlament, das seine Worte selbst untergräbt, das den mächtigen Faktor der Volkserziehung zur Karrikatur erniedrigt, bedarf eines mächtigen Gegengewichtes, wie es der starke Wille, die selbstbewußte und erprobte Kraft des Reichskanzlers ist. . . . Das deutsche Volk steht hinter keiner dieser Sturmthürme und der gesunde Sinn, der eben in diesem Volke noch lebt, wird den formalen Sieg der Opposition zur thatsächlichen Niederlage der Allirten gestalten.“

Ein Communiqué der Niederösterreichischen Escompte-Gesellschaft theilt mit: Der Vorstand der Escomptelasse, Lukas Janner, ist seit heute Vormittag 9 1/2 Uhr verschwunden. Die Anhalt erhaltene polizeiliche Anzeige. Die sofort vorgenommene Kassenrevision ergab einen Abgang an Baargeld von 1,509,960 fl. und an Werthpapieren 550,000 fl., zusammen 2,059,960 fl. Bei der letzten Kassenrevision am 18. November wurde alles in Ordnung befunden. Die Malversationen haben daher anscheinend in der letzten Zeit stattgefunden. Einer andersartigen Meldung zufolge wurden in der Wohnung des verhafteten Kaffeehändlers in Betrag von einer Million vorgefunden.

Schweiz.

Bern, 18. Dez. Dem Nationalrath ist folgender Antrag zugegangen: Infolge der dem deutschen Reichstage gemachten Vorschläge über Subvention der Dampferlinien und der Frage, ob die Linie von Genua oder Triest auszugehen habe, muß die Schweiz und die Gotthard-Bahn wünschen, daß Genua als Ausgangspunkt gewählt werde. Darum sei der schweizerische Bundesrath zu ersuchen, durch geeignete Schritte bei Entscheidung obiger Frage das Interesse der Schweiz zu wahren.

Frankreich.

Paris, 18. Dez. Durch einen heute veröffentlichten Erlaß werden die bereits angekündigte Bildung eines vierten Regiments algerischer Tirailleurs und die Theilung der Fremdenlegion in zwei Regimente angeordnet. — Wie die anarchischen Zeitungen mittheilen, wären einige ausländische Anarchisten aus Marseille und Nizza ausgewiesen worden. — Die Kammer genehmigte Nachmittags das Finanzbudget. Die Finanzkommission des Senats beriet das Kultusbudget und stellte die von der Kammer getrichenen Kredite wieder her.

Portugal.

Lissabon, 15. Dez. Die Cortes wurden heute eröffnet. Die Thronrede bezeichnet die Beziehungen Portugals mit den fremden Mächten als freundlich und sagt, daß auf Anregung des mit der französischen Republik in Uebereinstimmung handelnden Kaisers von Deutschland Portugal einwilligte, sich in der in Berlin zusammengetretenen Konferenz über westafrikanische Angelegenheiten vertreten zu lassen. Wenn die Konferenz zu einem endgiltigen Ergebnis in Bezug auf Angelegenheiten, die so eng verknüpft mit den langbestehenden Rechten Portugals seien, gelangt sein würde, werde die Regierung den Cortes alle die Aktenstücke, welche die Sanction der Cortes bedürfen, sammt anderen, die für die Information der Deputirten vertheilt würden, vorlegen. Während der kommenden Session würde das Parlament angegangen werden, die Revision einiger Artikel der Verfassung und die Reform der Pairskammer in Beratung zu ziehen. Sodann lenkt die Rede die Aufmerksamkeit der Cortes auf koloniale Angelegenheiten und insbesondere auf die afrikanischen Kolonien und kündigt den Abschluß eines Kontraktes für die Begung eines Telegraphenabels längs der Westküste von Afrika an, dessen Betrieb bereits theilweise begonnen. Zum Schluß besagt die Thronrede, daß die Finanzlage sich etwas gebessert hat und daß die Einkünfte sich wesentlich vergrößert haben. Der Finanzminister würde zur gehörigen Zeit einige Maßregeln vorlegen.

Das heutige Amtsblatt veröffentlicht das Kolonialbudget für 1884/85. Die Einkünfte sind auf 3,039,022 Milreis veranschlagt und die Ausgaben auf 3,284,788 Milreis; das hiernach sich ergebende Defizit von 245,766 Milreis fällt der heimischen Reinertrags zur Last. Der dem Budget vorausgeschickte Bericht konstatiert, daß bei den Zollnehmungen in den Kolonien Mozambique und Angola eine Zunahme erwartet werden darf. Dagegen sind die Ausgaben für das in Guinea stationirte Geschwader, für die katholische Mission in San Salvador, am Congo, für die Strafkolonie in Malaga und für die Garnisonen an gewissen Punkten in Mozambique größer geworden.

Großbritannien.

London, 18. Dez. Bei dem Polizeigericht in Great Yarmouth begann gestern die von der britischen Regierung veranlaßte Untersuchung gegen die englischen Fischer, welche am 29. Juli auf der Höhe der holländischen Küste den deutschen Kutter „Die rich“ geplündert haben. Die Fischer sind der Seeräuberei und des Diebstahls angeklagt. — Die Municipalität Londons beschloß, 5000 Pfd. für die Festnahme der Urheber der Explosion an der London Bridge auszugeben.

Dover, 17. Dez. Bei Durchsichtigung vorgestern vom Kontinent angelangter Waaren durch Zollbeamte wurden in einer Kiste, die nach ihrer Deklaration Gußeisen enthalten sollte, an 200 Pfund Dynamit vorgefunden.

Nordamerika.

Washington, 18. Dez. Der Vertrag zwischen Amerika und Nicaragua über den Nicaragua-Kanal ist dem Senate im Wortlaute gedruckt mitgetheilt worden. Präsident Arthur hebt in dem Begleitschreiben die großen Vortheile für die ganze Welt aus dem Kanalunternehmen hervor.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 19. Dezember.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog hat heute Vormittag die nachbenannten Personen in Audienz empfangen: den Oberamtmann Bensing und den Staatsanwalt Gagener von Waldshut; den Professor Dr. Ziegler von Lörrach; den Wirtschaftsadministrator Pfister, den Geh. Rath Professor Dr. Weismann, den Professor Brugmann und den Bürgermeister Dr. Thoma von Freiburg; den Rektor Professor Thorbecke und den Professor Dr. Wuhl von Heidelberg; den Telegraphenverwalter Zimmermann und den Sekretär Fehle bei der Main-Neckarbahn-Direktion in Darmstadt; den Hauptlehrer Höflin an der Kunstgewerbeschule in Pforzheim; den Professor Metzger von Mannheim; den Bahnbauinspektor Straub von Oberbach; den Polizeikommissar Thelemann von Baden; den Pfarrer Gerber von Friesenheim; eine Deputation des Stiftungsvorstandes und Gemeinderaths von Kleinlaudenburg; eine Deputation des Gemeinderaths von Weier bei Offenbach.

Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit verschiedene Vorträge, darunter denjenigen des Geheimrath Freiherrn von Ungern-Sternberg.

* (Das „Gesetz- und Verordnungsblatt für das Großherzogthum Baden“) Nr. 47 vom 19. Dezember enthält eine Landesberühmte Verordnung vom 7. Dezember, die öffentliche Hinterlegung von Geld und Wertpapieren betreffend, sowie eine Bekanntmachung des Ministeriums des Innern über die Krankenversicherung der in Betrieben der Militärverwaltung beschäftigten Arbeiter.

* (Eine Versammlung) des hiesigen Freisinnigen (Nationalliberalen) Vereins findet heute Abend halb 9 Uhr im oberen Saale der „Vier Jahreszeiten“ statt. Die Tagesordnung der Versammlung, zu welcher der Reichstags-Abgeordnete unferes Bezirks, Herr Medicinalrath Dr. Arnberger, sein Erscheinen zugesagt hat, lautet: „Vorgänge im Reichstag“.

e. (Monatsversammlung des Gewerbevereins Karlsruhe.) Gestern fand im Saale zu den „Vier Jahreszeiten“ eine Monatsversammlung des hiesigen Gewerbevereins statt. Die kunstgewerbliche Ausstellung umfaßte diesmal folgende Gegenstände: Ein vermittelst eines neuen eisenblühlichen Druckverfahrens von Pecht u. Co. in Konstanz hergestelltes farbiges Holzbild; zwei Holzfiguren in Sanddruck-Technik von Holzbildhauer Fr. Wabach; verschiedene mit Zellenemail verzierte japanische Metallwerke und eine ebensolche große Vase; eine große perische, Winter u. Sohn Nachfolger dahier gebörige Bronzefigur; ein kleiner aus Kupfer und Schmiedeeisen hergestellter Leuchter, Berliner Arbeit; ein Bronzleuchter und ein Flaschenhalter aus Kupfer, Münchner Arbeit und dem dortigen Kunstgewerbe-Verein gebörig. — Der Vorsitzende leitete an die Ausstellung die übliche kurze Besprechung der Gegenstände. — Hierauf machte Herr Prof. Dr. Weidinger eine kurze Mittheilung über zwei neue konstruktiv interessante Aufsätze, welche er auf seinen diesjährigen Reisen im Theater und in einem Hotel in Dresden kennen gelernt hatte. Den Vortrag über „Ausstellungen von Motoren und Werkzeug-Maschinen für das Kleingewerbe in Wien und für Handwerkstechnik in Dresden“, welchen Herr Prof. Weidinger in dieser Versammlung zu halten beabsichtigt hatte, verbot er wegen des geringen Besuchs auf die Januar-Monatsversammlung. — Der Vorsitzende referirte sodann über die Arbeiten der für „die Minderung des kunstgewerblichen Konkurrenzlebens“ eingesetzten Kommission und leitete den von derselben ausgearbeiteten Fragebogen vor, welcher als Grundlage für die Erörterung dieser Frage auf der im März nächsten Jahres in Dresden abzuhaltenden Hauptversammlung der deutschen Kunstgewerbe-Vereine dienen soll. Eine Diskussion des Fragebogens wird auf eine spätere, zahlreicher besuchte Versammlung verschoben. — Zum Schluß machte sodann der Vorsitzende noch einige kleinere geschäftliche Mittheilungen.

* Baden, 19. Dez. (Bei der heute fortgesetzten dritten Ziehung der ersten Lotterie der Kreis-Hauptstadt Baden-Baden fielen auf folgende Nummern die beigefügten Hauptgewinne (ohne Garantie):

Los-Nr.	Gew.-Nr.	1.-Pr.	2.-Pr.	3.-Pr.	4.-Pr.	5.-Pr.	6.-Pr.
506	2	31438	31	48823	49	45533	71
82307	5	6691	35	64728	51	53991	76
36515	8	14575	40	62034	54	61939	92
37067	12	72137	41	61883	60	5429	96
63348	23	31071	42	83969	63	52935	98
7369	24	37280	43	39896	66		

* Mosbach, 18. Dez. (Der hiesigen Anstalt für schwachsinrige Kinder) haben Se. Königl. Hoheit der Großherzog die Summe von 200 Mark und Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin den Betrag von 50 Mark huldvollst zu überweisen geruht.

* Rehl, 18. Dez. (Das Wasser des Rheins) ist gestiegen. Nach den telegraphischen Nachrichten ist ein weiteres Anwachsen des Stromes zu erwarten. Die Riesbank unter der Brücke war heute Vormittag bereits größtentheils überflutet. Die Unternehmer, welche zur Aufschüttung des Rehler Alt Rheins von der Riesbank Material holen ließen, mußten ihre Arbeiten einstellen und so schnell wie nur möglich die Nothbrücke, die vor einigen Tagen oberhalb der Schiffbrücke bis zur Riesbank geschlagen worden war, abbauen und in Sicherheit bringen lassen. Für dieses Jahr werden diese Arbeiten wohl eingestellt bleiben, da der hohe Wasserstand einige Zeit wohl anhalten wird. Vielleicht wird die Riesbank durch die Fluth von der Schiffbrücke weiter fortgeführt.

* Offenbach, 16. Dez. (Schwarzericht.) Am 3. November d. J. fanden Bewohner von Unterharmersbach bei ihrem Kirchgang in der Nähe des Gehöfts von Josef Lehmann die Leiche des 25jährigen Tagelöhners Andreas Bonner von Unterharmersbach, zwei Stiche waren in die Brust gedrungen; der eine unterhalb des Herzens, der andere das Herz durchbohrend. Als Urheber der tödtlichen Verwundung wurde sofort der erst 18-jährige Dienstknecht des Josef Lehmann, Simon Müller von Oberharmersbach, entdeckt und verhaftet. Derselbe vertheidigte sich damit, daß er am 2. November Abends zwischen 8 und 9 Uhr in einem, den Hof umschleichen Menschen den wegen Diebstahls vielbekraften, in dortiger Gegend überführten Desiderius Kaspar von Unterharmersbach zu erkennen glaubt, denselben — mit der Mistgabel bewaffnet — verfolgt, und bei Einholung desselben gegen ihn — wegen dessen drohender Haltung und einem Angriff befürchtend — einen Stoß geführt habe. In diesen Angaben wurde der Angeklagte von einer Reihe von Zeu-

gen und insbesondere auch von seiner Dienstherrschaft unterstützt. Aus der Verhandlung wurde demangachtet ein anderes Motiv der That gewonnen. Es stellte sich zur Evidenz heraus, daß man es mit einer Forderung der Eifersucht zu thun hatte. Simon Müller, welchem — wohl mit Rücksicht auf sein junges Alter und seine bisherige Unbescholtenheit — von den Geschworenen mildernde Umstände bewilligt worden waren, wurde wegen vorläufiger Körperverletzung mit tödtlichem Erfolgs zu einer Gefängnißstrafe von zwei Jahren verurtheilt.

* Vom Bodensee, 16. Dez. (Sturm. — Fabrikgebäude. — Cerealien.) Gestern Abend erhob sich kurz nach 11 Uhr bei +3 Gr. R. ein Südwest Sturm, der seinen Höhepunkt um Mitternacht erreichte und dann plötzlich verschwand. In seinem Gefolge trat in der Frühe Regen, stellenweise mit Schnee vermischt, ein, welcher eine weitere Abkühlung der Atmosphäre herbeizuführen dürfte. — Die in Aalen neu errichtete Baumwoll-Fabrik wird im Laufe des nächsten Jahres ihrer Vollendung entgegengehen. Die beiden andern, ebenfalls im Besitze des Oren. Brink befindlichen Establishments in Aalen und Volkerts-hausen beschäftigen zur Zeit gegen 900 Arbeiter und ihr Export von Baumwoll Waaren läßt nichts zu wünschen übrig. — Auf den verfloßenen Getreidemärkten sind für Hafer und Gerste jeweils verhältnißmäßig höhere Preise, als für Korn und Weizen erzielt worden. In Weßlich beispielsweise stieg der Hafer auf 13 M. 40 Pf., in Ueberlingen auf 14 M. 20 Pf. Die Gerste besser Qualität erreichte in Wullendorf und Ueberlingen 15 M. 50 Pf. per 100 Kilo. Die meisten Brauer haben jedoch den zum Winterbier nöthigen Bedarf an Gerste etwas billiger eingekauft und das Publikum steht in der That der in München erfolgten Preisherabsetzung des Bieres, welchem niemand den Charakter eines allgemeinen Nahrungsmittels abprechen wird, sympathisch gegenüber. Doch kommt hierbei in Betracht, daß unsere zahlreichen Kleinbrauer auch nicht entfernt in der günstigen Lage ihrer Münchener Kollegen sich befinden.

Neuere Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 19. Dez. Bezüglich der Zeitungsmittelung, der Reichskanzler sei wegen der letzten Reichstags-Verhandlungen in seinem Entschluß, die von den Zeitungen angeregte Reise zu machen, wieder wankend geworden, glaubt die „Nordd. Allg. Zig.“, daß hierbei der Kaufmann nicht richtig wiedergegeben worden ist. Nachdem die obstruktive Haltung der Negationspartei sich immer mehr konsolidirt, muß dem Reichskanzler die Ueberzeugung aufräumen, daß es ganz gleichgültig sei, ob er hier bleibt, und daß er besser thäte, für seine Gesundheit zu sorgen, als dieselbe aufzureiben durch ehrlische Anstrengung in einem unehrlichen Kampfe. Es müsse möglich erscheinen, die Kräfte des Reichskanzlers aufzusparen und zu befestigen für die Kämpfe, die im nächsten Winter das Einrücken der Reichsmaschine zur Folge haben wird.

Anschließend an die Ausführungen des „Wiener Fremdenblattes“ über den Montagsbeschuß des deutschen Reichstags, hebt die „N. N. Z.“ hervor, das enge Zusammenstehen des Centrums mit der Sozialdemokratie widerlege die Behauptung, daß die katholische Kirche das beste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie sei. Dies Zusammenstehen sei zugleich eine eigenthümliche Illustration für die Behauptung, daß die Sache der Monarchie und der staatlichen Ordnung überhaupt in den angeblichen Vertretern der katholischen Kirche im Reichstage Vertbeidiger besitze.

Leipzig, 19. Dez. Das Reichsgericht verwarf die Revision im Ehescheidungs-Projekt der Frau v. Kolemün.

Leipzig, 19. Dez. Die Reichsanwaltschaft beantragt gegen Reinsdorf Todesstrafe und fünfzehn Jahre Zuchthaus, gegen Bachmann zwölf Jahre Zuchthaus, gegen Rupsch und Rüdler Todesstrafe und zwölf Jahre Zuchthaus, gegen Holzhauser zehn Jahre, gegen Söhngen und Rhunbach je fünf Jahre Zuchthaus. Bezüglich Töllner's ist Freisprechung beantragt.

Reichsanwalt Treplin begründete die Strafanträge in einer anderthalbstündigen Rede. Er betonte, es könne

nicht Wunder nehmen, wenn Viele anfänglich gezweifelt haben, ob nicht eine Uebertreibung oder Mystifikation vorliege. Diese Zweifel seien leider geschwunden, man stehe vor der ernsten, traurigen Wirklichkeit. Die Aussagen Reinsdorf's seien in jeder Beziehung glaubhaft. Wenn er versuche, die Mitangeklagten zu entlasten, so sei das erklärlich. Die Grundsätze, von denen Reinsdorf ausgehe, und die Handlungen, die er begangen, ständen in enger Konkurrenz; darum seien seine politischen Bemerkungen der Prüftein zur Beurtheilung seiner Thaten. Die Beweis-erhebung habe ergeben, daß Reinsdorf im Mittelpunkt der anarchistischen Bewegung, deren Centralleitung sich im Auslande befände, gestanden habe. Der Reichsanwalt hält die Angabe des Rupsch, daß derselbe das Attentat auf dem Niederwald habe vereiteln wollen und zu diesem Zwecke die Zündschnur durchgeschnitten habe, nicht für glaubhaft. Rupsch mache keineswegs den Eindruck eines reinigen Verbrechers, sondern trage trotzige Verbissenheit zur Schau. Reinsdorf habe nicht ohne Geschick gehandelt, als er sich diesen Mann zur Ausführung des Attentats auswählte. In Betreff Rüdler's betont der Reichsanwalt, alles spreche dafür, daß es sein eifriges Bestreben war, die Sache zum Klappen zu bringen. Er sei nicht bloß Theilnehmer, sondern Mitthäter. Holzhauser habe unbedingt gewußt, daß ein Verbrechen ausgeführt werden solle, er habe sich aber der Autorität Reinsdorf's unterworfen und auch das Dynamit an Rupsch gegeben. Im Laufe der heutigen Vormittags-Sitzung sprachen noch die Vertheidiger Dr. Thomsen, Bussenius und Seelig.

Wien, 19. Dez. Zur Ergreifung des flüchtig gewordenen Vorstands der Escompte-Gesellschaft, Lucas Fauner, sind von der Polizei die umfassendsten Maßnahmen getroffen. Außer einer Belohnung von 2000 Mark ist eine Prämie von fünf Prozent des Geldes, welches wieder erlangt wird, ausgesetzt. In der Kasse Fauner's wurden zahlreiche Bonds, von Kupfer gezeichnet, über Zahlungen, die aus dem Gelde der Escompte-Bank von Fauner an ihn geleistet worden sind, vorgefunden. Der Verwaltungsrath der Escompte-Bank machte noch während der Nacht theils aus eigenen Mitteln, theils durch Aufbringung bei anderen Banken zehn Millionen Gulden mobil, um gegen alle Eventualitäten geschützt zu sein.

Wien, 19. Dez. Fauner hat sich gestern gegen Abend in Kierling durch einen Revolverschuß entleibt. Die Leiche ist agnosizirt worden. Es wurden nur 24 Gulden bei derselben vorgefunden.

London, 19. Dez. Das „Neuer'sche Bureau“ meldet aus Melbourne, es gehe das Gerücht, daß auf einzelnen Theilen Neuirlands, Neubritanniens, der Admiralitäts-inseln und gewisser Theile der Nordküste von Neuguinea die deutsche Flagge gehißt sei.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

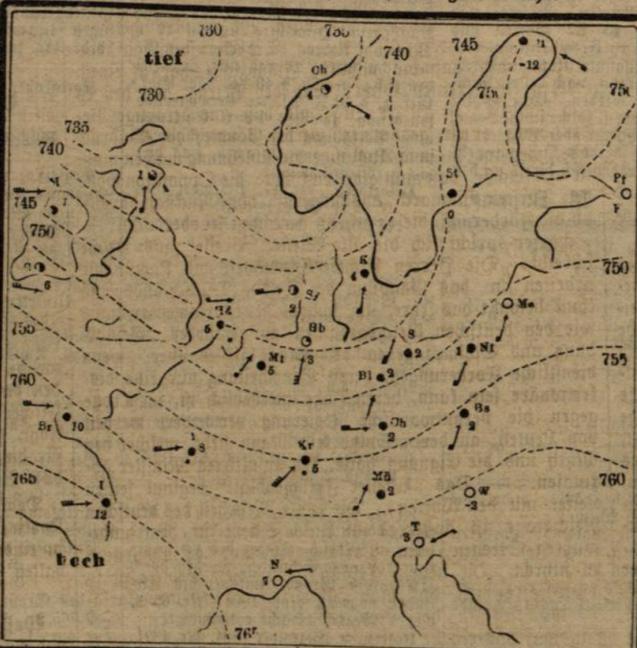
Karlsruhe. Auszug aus dem Standebuch-Register. Eheaufgebote. 17. Dez. Felix Stenzel von Verent, Bicesfeldwiesler hier, mit Emma Meyer von Freiburg. — Jakob Berner von Mardorf, Bäcker hier, mit Christiane Feger, geb. Lamprecht, von Königsbach. — 17. Dez. Ferd. Fehrbach von hier, Bleichnermeister hier, mit Luise Stober von Leutchenreuth. — 19. Dez. Frdr. Müller von Oberiefenthal, Kaufmann hier, mit Kath. Edinger von Sternfels. — Frdr. Geißler von Dorf-hain, Schmied hier, mit Karolina Miltnerberger von Rüd.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Dezember	Barom.	Thermom.	Absolute	Relative	Wind.	Stimm.
	mm	in O.	Feucht.	Feuchtig.		
			in mm	seit in %		
18. Nachts 9 Uhr	752.5	+ 1.8	3.5	67	SW	wenig bew.
19. Morgs. 7 Uhr 1)	743.6	+ 5.1	5.0	77	SW	bedeckt
„ Mittags 2 Uhr	743.3	+ 7.2	5.2	69	SW	sehr bew.

1) Sturm u. Regner. Reg. = 0.9 mm der letzten 24 Stunden. Wasserstand des Rheins. Mainz, 19. Dez. Morgs. 3.89 m, gestiegen 43 cm.

Wetterkarte vom 19. Dezember, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Ein Minimum liegt am Eingang des Stageraals, auf seiner Südseite bis zu den Alpen leb-Deutschland ist das Wetter ziemlich warm, vorwiegend trübe, im Südwesten regnerisch, im Nordwesten aufklarend. Die Temperatur liegt an den deutschen Stationen 1-5 Grad über der normalen. Die strenge Kälte im nordwestlichen Rußland hat nachge-

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 19. Dezember 1884

Staatspapiere.		Bahntaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	103 1/16	Staatbahn	253
4% Preuß. Consol.	103 1/16	Lombarden	120 1/2
4% Baden in fl.	101 1/16	Galizier	221
4% „ i. Met.	102 1/16	Elbthal	160
Deutscher Goldrente	86 1/2	Preussische	219 1/2
„ Silberrent.	88 1/2	„ Rauten	109 1/2
4% Ungar. Goldrent.	78 1/2	„ Wägen	170
1877er Russen	96 1/2	„ Götter	102 1/2
1880er	80 1/2	„ Wechsel	163.50
II. Orientanleihe	62 1/16	„ a. Amst.	20.44
Italiener	96 1/16	„ „ Paris	80.77
Ägypter	64 1/2	„ Wien	165.80
Spanier	59 1/2	Rapoleonobor	16.19
5% Serbien	83 1/2	Privatbank	3 1/2
Banken.		Bab. Zuckerfabrik	67 1/2
Kreditaktien	237 1/2	Allkali Westf.	134 1/2
Disconto-Com-		„ a. H. S. z. z.	
mandit	206 1/2	Kreditaktien	237 1/2
Häbler Bankver.	143 1/2	Staatbahn	252 1/2
Darumstädter-Bank	152 1/2	Lombarden	120 1/2
5% Serb.-Hyp.-Ob.	84 1/16	Tendenz: matt.	
Berlin.		Wien.	
Def. Kreditakt.	477.	Kreditaktien	285.50
Staatbahn	508.	Marknoten	60.30
Lombarden	246.	Tendenz: bewegt.	
Disco.-Comman-	206.70	Paris.	
Bankhütte	104.50	4 1/2 % Anleihe	108.77
Dortmunder	65.20	Spanier	60 1/2
Marienburg	76.20	Ägypter	324
Böhm. Nordbahn	—	Ottomane	595
Tendenz: —		Tendenz: —	

Todesanzeige.
 R. 220. Bensheim. Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute Nacht 1 Uhr, nach langem Leiden, öfters versehen mit den hl. Sakramenten, unsere innigstgeliebte Gattin und Mutter, **Charlotte Ripperlin**, geb. Dürcher, in ein besseres Leben abzurufen. Wir bitten um stille Theilnahme. Bensheim, den 19. Dez. 1884. Oberförster Ripperlin sen., Oberförster Ripperlin jun. Dr. Vorgenheimer Frau, geb. Ripperlin.

R. 727. Bei Moritz Schanenburg in Lahe ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Strasprozess-Ordnung für das Deutsche Reich nebst **Einführungsgesetz** erläutert von **Adolf Keller**, Oberlandesgerichtsrat in Kolmar. Zweite verm. und verbesserte Auflage. Preis br. M. 13.—, in clea. Halbbr. M. 14.60. „Goltammer's Archiv“ schreibt darüber: „Auf kleinem Raum bringt dieses Werk einen sehr vollständigen, durch die Benutzung der gesamten Materialien, wie durch die wissenschaftliche Behandlung des Stoffes ausgezeichneten Kommentar. Die Berücksichtigung des bisherigen Rechtszustandes, namentlich der Strafprozessordnungen der bedeutendsten Rechtsgebiete, macht den Kommentar auch besonders wertvoll für die Uebersetzung, in der es gilt, die neue Gesetzgebung einzuführen.“ Das Register ist sorgfältig bearbeitet, die Ausstattung in Druck und Papier musterhaft. Vorrätig in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße Nr. 14.

R. 806-1. Ein feines Sortiment **Rechte span. Fichus** und **Echarpen** empfiehlt als außerordentlich vortheilhaft für Geschenke **Oscar Beier**, Ritterstraße 4, Karlsruhe.

Offizier-Handschuhe in Wildleder, halb und ganz gelascht. **Grosses Lager.** Rasche Extra-Anfertigung. Handschuh-Wasch-Anstalt. **Ludwig Oehl**, Karlsruhe, Grosh. Hoflieferant. 116 Kaiserstr. NB. Gefütterte Militär-Handschuhe mit Leder, Wolle und Pelzfutter. R. 784.4. **Argosy-Hosenträger.**

Schirmfabrik **Anselm Hirsch** Karlsruhe Kaiserstrasse No. 153 (am Museum gegenüber) **Grosses Lager der neuesten Regenschirme** zu äusserst billigen aber sehr festen Preisen.

Empfehle durch Vermittelung meines Schwagers in **China** direkt bezogene **Thees.** Auf Wunsch Proben. [R. 490.16] **C. H. Utrecht**, Ludwigshafen a. Rh.

Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft.
Directe Post-Dampfschiffahrt Hamburg-New-York, C. 115. 26.
 (45.) von Hamburg regelmäßig jeden Mittwoch und Sonntag, von **Sabre Dienstag**, **Wienand** 24. Dezember, **Lessing** 11. Januar, **Bohemia** 31. Dezember, **Rugla** 14. Januar, **Suevia** 7. Januar, **Friska** 25. Januar, **Maetla** 28. Januar, **Gellert** 21. Januar.
Hamburg-Westindien, am 6., 21. und 24. jeden Monats von Hamburg laut Fahrplan der Gesellschaft.
Hamburg-Mexico, am 2. jeden Monats von Hamburg laut Fahrplan der Gesellschaft.
August Bolten, Wm. Miller's Nachf. in Hamburg. Admiralsstrasse Nr. 33/34 (Telegramm-Adresse: Bolten, Hamburg), sowie in Mannheim die General-Agenten: Gebr. Bielefeld — Rabus & Stoll — Waltherr & von Redow — Gundlach & Bärenklau — Dürr & Müller — W. Steiner in Rehl. u. S. Schmitt & Sohn Karlsruhe, Karlstr. 32. —

Unterricht für Liebhaber der Kanarienvögel, wie auch der Nachtigallen, Rothkehlchen, Finken, Stieglitz, Hänflinge und Beifige. Nebst Anweisung 1. über die Pflege der Singvögel, 2. Vögel zu unterrichten. Mit Illustration. Achte Aufl. 1 Mt. Vorrätig in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** in Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße Nr. 14. R. 726.

Kinder- u. Gesellschaftsspiele in großer Auswahl zu billigen Preisen empfiehlt die **G. Braun'sche Hofbuchhandlung**, Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße Nr. 14. R. 715. 3.

Thee **Kaisermischung, pr. Pfund M. 3.50,** neueste Ernte, feinstes Aroma, bei **Ed. Messmer, Hoflieferant** Sr. M. des Deutschen Kaisers, B. Baden.

Circus Ludwig Blumenfeld. Heute Abend 8 Uhr: **Grosse brillante Vorstellung.** Sonntags 2 Vorstellungen 4 u. 8 Uhr. J. 982.18.

Leichte Cigarre. 5 h 89 a 95 m Wald im hinteren Zinnenthal, beiderseits Stadtwald; besigen will, ergeht das Aufgebot an diejenigen Personen, welche in den Grund- und Unterpfandsbüchern nicht eingetragene, dingliche oder auf einem Stammguts- oder Familiengutsverband beruhende Rechte an der Liegenschaft besigen, solche bis zum Termin vom Montag dem 2. März 1885, Vormittags 11 Uhr, anzumelden, widrigenfalls die nicht angemeldeten Ansprüche für erloschen erklärt würden. Freiburg, den 15. Dezember 1884. Der Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts: **Dürer.**

Ernst ten Hoppel Depot holländischer Cigarren **Wesel a/holländischen Grenze.** 3.600.10. Für 4 Mark 50 Pfg. versenden wir ein 10-Pfund-Paket Prima Toiletteife in gepressten Stücken, schön sortirt, in Rosen-, Mandel-, Veilchen- u. Glycerinseife. Allen Haushaltungen sehr zu empfehlen. **Th. Coellen & Cie., Crefeld,** Seifen- u. Parfümerienfabrik.

Haus-Verkauf. **Gasthaus Hotel Bellevue** zu Grensfation, lebhafter Verkehr von Beamten und Fremden, wegen Todesfall der Frau vom Eigenthümer frei zu verkaufen. Dasselbe besitzt zu den alten Räumlichkeiten einen neuen Festsaal mit Theaterbühne und obigen Musikinstrumenten, beizbare Regalbibliothek, Eis- und andere Kellereien, Bier- und Schweinehälle, 40 Ar Garten und Sommeranlage, 10 Fremdzimmer u. sonstigen nicht genannte Räumlichkeiten. Das Inventar kann nach allen Richtungen belassen werden. Eine Goldgrube, insbesondere f. solche junge Leute, die nebenbei Mehrgerei oder Väderei zu treiben verstehen, da dies hier mangelt. Kaufliebhaber wenden sich direct an den Eigenthümer **R. 803.1. M. Bogner.**

Cirgerliche Rechtspflege. **Anges. R. 216.1. Nr. 25.246. Freiburg.** Auf Antrag der Großh. Wirtschaftsverwaltung der Universität Freiburg, welche seit dem Jahre 1794 in der Verwaltung Freiburg:
 1 h 62 a — m Wiesen in den Klammern, beiderseits Heiligegeistspital;
 2 h 15 a 70 m Wiesen in den Weihen, einer. Etage, ander. Heiligegeistspital;
 1 h 35 a — m Acker im Schänke, einer. Nebengäßle, andererseits Krumeich Witwe;
 — h 54 a 45 m Wald am vorderen Schloßberg, einer. Hof. Vöbler, ander. von Weihenend;
 1 h 76 a 94 m Wald am oberen Schloßberg, beiderseits Stadtgemeinde Freiburg;
 1 h 06 a 74 m Wald am hinteren Schloßberg, einer. von Litzheim, ander. D. Federer;
 2 h 50 a 02 m Wald im vorderen Zinnenthal, einer. Stadtwald, ander. selbst;

R. 203. Nr. 10.654. Offenb. Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die ledige Emma Mayer von Ortenberg mittelst richterlichen Erkenntnisses vom 11. Dezember 1884, Nr. 16.684, wegen dauernder Gemüthschwäche entmündigt wurde, demnach weder Eigenthums- noch Verwaltungshandlungen vornehmen kann. Offenb., den 15. Dezember 1884. Großh. bad. Amtsgericht. **Bucherer.**

R. 214. Nr. 48.167. Heidelberg. Katharina Barbara Wölliedia von Doffenheim wurde durch diesseitigen Beschluß vom 20. November 1884, Nr. 44.569, wegen bleibender Geisteschwäche entmündigt und mit Beschluß vom heutigen, Nr. 48.167, da zu deren Vormund ernannt. Heidelberg, den 17. Dezember 1884. Großh. bad. Amtsgericht. **Stoll.**

Zwangsvollstreckung. R. 790. Karlsruhe. **Versteigerungs-Aukundigung.** In Folge richterlicher Befugung werden die dem Schlosser Martin Penn von hier zugehörigen unten beschriebenen Liegenschaften am Freitag dem 9. Januar 1885, Nachmittags 2 1/2 Uhr, im Kommissionszimmer des Rathhauses dahier einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzwertpreis oder mehr geboten wird. Die Versteigerungsbedingungen können inwieweit in meinem Geschäftszimmer — Kaiserstraße Nr. 123 dahier — eingesehen werden. Beschreibung der Liegenschaften:

1. Das in der Schwannstraße dahier unter Nr. 18, einerseits neben Schriftfester Wilhelm Böhmle, andererseits neben Schreiner Friedrich Mayer gelegene einhöfliche Wohnhaus mit Seitengebäude, sammt der sonstigen liegenschaftlichen Zugehörigkeit, einschließlich des Grund und Bodens, tax. 14000

2. Der in der Augartenstraße dahier unter Nr. 55, einerseits neben Gärtner Ludwig Richter, andererseits neben Bahnarbeiter Joseph Riegel gelegene Bauplatz im Flächeninhalt von 405 qm nebst dem darauf errichteten zweistöckigen Wohnhaus (Hinterhaus) und einhöflichen Seitengebäude, sammt der sonstigen liegenschaftlichen Zugehörigkeit, tax. zu 19000

Karlsruhe, den 8. Dezember 1884. Großh. bad. Amtsgericht. **Notar Dtt. Strafrechtspflege.**

Urtheile. R. 804.1. Nr. 7052. Ettlingen. Musikf. Rudolf Kiffel von Ettlingen und Musikf. Lorenz Balzer von Walsch werden beschuldigt, als beurlaubte Reservisten nach Ablauf des ihnen bewilligten Urlaubs ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs. Dieselben werden auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hiersebst auf Donnerstag, 5. Februar 1885, Vormittags 9 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht zu Ettlingen zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Rgl. Bezirkskommando zu Karlsruhe ausgesprochenen Erklärung verurtheilt werden. Ettlingen, den 17. Dezember 1884. **Goebelbecker, Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts.**

R. 765.2. Nr. 47.423. Heidelberg. Der am 31. Mai 1857 zu Fallengäß geborne Leineweber Johann Georg Dann, zuletzt wohnhaft in Heidelberg, wird beschuldigt, als beurlaubter Reservist ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein, ohne von der bevorstehenden

den Auswanderung der Militärbehörde Anzeige erstattet zu haben. Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs. Derselbe wird auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hiersebst auf Donnerstag den 29. Januar 1885, Vormittags 9 Uhr, vor das Großh. Schöffengericht Heidelberg zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Röniglichen Landwehrbezirks-Kommando zu Heidelberg ausgesprochenen Erklärung verurtheilt werden. Heidelberg, den 11. Dezember 1884. **Fabian, Gerichtsschreiber des Großh. bad. Amtsgerichts.**

Verm. Bekanntmachungen. R. 800.1. Emmendingen. **Neubau der Irren-Klinik Freiburg.**

Nachstehend bezeichnete Bauarbeiten sollen im Submissionswege in Afford vergeben werden: im Aufschlag von
 Verputzarbeit 26330.65
 Zimmerarbeit 40758.40
 Schieferdeckerarbeit 9751.10
 Blechenerarbeit 5745.74
 Schreinerarbeit 21790.92
 Eichen Böden 16742.99
 Glaserarbeit 9200.90
 Schlosserarbeit 40414.86
 Eisenwaarenlieferung 4967.19
 Tücherarbeit 16062.48
 Tapetierarbeit 353.70
 Kuppelarbeit 1273.53
 Pfistererarbeit 3669.01
 Kostenanschläge, Pläne und Bedingungen liegen im Bauamt der Irren-Klinik, Ferdin. Hauptstraße Nr. 6 in Freiburg, zur Einsicht auf, woselbst auch die Angebote schriftlich, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, längstens bis zum Montag dem 5. Januar t. J., Nachmittags 4 Uhr, vorstfrei einzuliefern sind. Emmendingen, den 17. Dez. 1884. Der bauleitende Beamte: **Schäfer.**

R. 805.1. Nr. 7759. Waldsb. **Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Die Bauarbeiten über Erstellung eines neuen Bahnwartshauses auf Station Göttingen, veranschlagt wie folgt:
 Grab- u. Mauerarbeit 3169 M. 19 S
 Steinbauarbeit 306 „ 45 „
 Gypfelerarbeit 350 „ 03 „
 Zimmerarbeit 1267 „ 82 „
 Schreinerarbeit 327 „ 92 „
 Glaserarbeit 179 „ 45 „
 Schlosserarbeit 267 „ — „
 Blechenerarbeit 171 „ 71 „
 Anstreicherarbeit 212 „ 85 „
 vergabe ich im Wege öffentlicher Submission.
 Lufttragende Unterneuer wollen ihre Offerten, nach Progenen des Voranschlags gestellt, schriftlich, versiegelt, vorstfrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, längstens bis 5. Januar 1885, Vormittags 5 Uhr, bei mir einreichen, bis zu welchem Termin Pläne, Voranschlag und Bedingungen auf der Kanzlei des Unterfertigten in den üblichen Geschäftsstunden eingesehen werden können. Waldsb., den 16. Dezember 1884. Der Großh. Bahnbaupfleger.

R. 801.1. Nr. 7492. Jlenau. **Die Stelle einer Köchin** für unsere Anstalt ist soaleich zu besetzen.

Wir suchen zu dieser wichtigen, mit großer Verantwortung verbundenen Stelle ein gebildetes, in den Küchengeschäften und gesammter, auch feiner Kostkunst erprobtes, vorzüglich geübtes und gewandtes Frauenzimmer. Als Vorbedingung des Küchenpersonals wird ihr die Aufsicht und Leitung in der Küche, auch wo es nothwendig ist, thätige Mithilfe in der Speisebereitung obliegen. Anfangsgehalt baar 450 M. mit Aussicht baldiger Erhöhung, freier Station; bei befriedigender Dienstleistung kann Gewährung alljährlicher Remuneration sowie der Pensionfähigkeit erfolgen. Bewerberinnen wollen sich mit Anschlag der Zeugnisse bei uns melden. Jlenau, den 18. Dezember 1884. Großh. Direction der Heil- und Pflege-Anstalt. **Gerat.**

R. 802. Stodach. **Verkauf von Ausständen.**

In heutiger Tagfahrt wurde der Zuschlag nicht erteilt und findet nochmalige Versteigerung der Ausstände von **Joseph Haller & Cie.** dahier **Dienstag den 30. d. Mts., Vormittags 9 Uhr,** auf meinem Geschäftszimmer dahier statt. Stodach, den 16. Dezember 1884. Der Konkursverwalter: **A. Baster, Notar.** „Abs.“. „Abs.“. „Abs.“. (Mit einer Beilage.)